

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 88. Ratssitzung vom 2. März 2016

1710. 2015/308

Weisung vom 16.09.2015:

Motion von Simone Brander und Dr. Ann-Catherine Nabholz betreffend Verordnung für eine demokratische Mitsprache in der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK), Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Verordnung für eine demokratische Mitsprache in der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2013/38, von Simone Brander (SP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 6. Februar 2013 betreffend Verordnung für eine demokratische Mitsprache in der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Vizepräsidentin Simone Brander (SP): Am 9. Juli 2014 hat der Stadtrat das Reglement über die Organisation der Regionalen Verkehrskonferenz der Gemeinde Zürich (Organisationsreglement RVKZ, 740.720) erlassen. Gemäss Auffassung des Stadtrats handelt es sich dabei um eine Verordnung, die nicht von allgemeiner Wichtigkeit ist und deshalb in seine Kompetenz fällt. Dem Anliegen der Demokratisierung hat der Stadtrat inhaltlich Rechnung getragen. Das Gremium der RVKZ wurde erweitert. Neu sind Andres Türlér als Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe (DIB), eine Vertretung des Tiefbauamts (TAZ), sieben Gemeinderatsmitglieder – aus jeder Fraktion eine Person – und je eine Vertretung der Quartier- und Gewerbevereine Mitglieder in der RVKZ. Der Stadtrat hat die Neuorganisation der RVKZ deshalb so schnell umgesetzt, weil er wollte, dass das neue Gremium von Anfang an das aktuelle Fahrplanverfahren 2016/2017 begleiten kann. Deshalb liegen heute auch schon erste Erfahrungen mit der RVKZ vor. Bereits an ihrer zweiten Sitzung hat sie entschieden, welche der total 71 behandelten Begehren zum Fahrplan sie unterstützt (7), ablehnt (33) oder auf später vertagt (11). Als Abschluss des Fahrplanverfahrens hat der Verkehrsrat des Kantons Zürich mit Beschluss vom 10. Juli 2015 den Verbundfahrplan festgelegt. Der Stadtrat findet, die neue RVKZ habe bisher erfolgreich gearbeitet, und die neue Organisationsform habe sich bewährt. Die RVKZ ist breit abgestützt und in der Lage, fundierte Entscheide zu den verschiedenen Änderungsbegehren zu fällen. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, das Anliegen der Motion sei materiell vollumfänglich erfüllt, und die Motion könne abgeschrieben werden.

Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass mit der Neuorganisation der RVKZ bis jetzt positive erste Erfahrungen gesammelt wurden. In der Vergangenheit war es den Gemeinderatsmitgliedern nur im Gemeinderat möglich, Anliegen zum Fahrplan zu disku-

tieren – so gab es dazu auch zahlreiche Vorstösse. Das machte aber nicht viel Sinn, weil der Gemeinderat bei der Fahrplangestaltung keine Kompetenz hat. Diese liegt aufgrund der kantonalen Fahrplanverordnung eben bei der RVKZ. Dadurch, dass die RVKZ heute nicht mehr nur ein stimmberechtigtes Mitglied hat, ist es möglich, dass sie überhaupt fundierte Diskussionen führen kann. Dies ermöglicht auch, dass mehr Personen verstehen können, warum Fahrpläne geändert oder aber nicht geändert werden können. Auch aufgrund der restriktiven, vom Kanton Zürich vorgegebenen Möglichkeiten ist es wichtig, gemeinsam Prioritäten zu setzen. Neben dem Gemeinderat haben sich in der Vergangenheit vor allem auch Quartiervereine lautstark zum Fahrplan geäußert. Auch diese haben neu die Möglichkeit, ihre Anliegen in der RVKZ mit den richtigen Ansprechpersonen – wie z. B. mit der SBB im Fall von Wipkingen – zu diskutieren. Natürlich sind diese fachlichen Auseinandersetzungen mit erheblichem Aufwand für alle Beteiligten verbunden. Aber die grosse Anzahl Fahrplanbegehren hat gezeigt, dass es ein Bedürfnis nach einer Beeinflussung des Fahrplans gibt. Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass sich der Aufwand der RVKZ lohnt, und dass man so zu einem besseren, demokratisch legitimierten Fahrplan kommt als mit dem alten System. Verbesserungsbedarf gibt es aus Sicht der Mehrheit noch bei der Kommunikation. Artikel 11 des Organisationsreglements RVKZ sagt Folgendes: «Die Stadtverwaltung informiert die Bevölkerung über die Beschlüsse der RVKZ und ist für die Information und Einbindung der Bevölkerung in das Fahrplanverfahren verantwortlich». Bisher hat die RVKZ die Bevölkerung nicht über ihre Beschlüsse informiert und hatte auch keine eigene Homepage. Um die Arbeit und die Beschlüsse der RVKZ einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bitten wir den Stadtrat, zu überlegen, wie diesem Auftrag der Öffentlichkeitsarbeit noch besser nachzukommen wäre. Nur so können am Fahrplan Interessierte überhaupt erfahren, welche Möglichkeiten es zur Beeinflussung des Fahrplans gibt, wer sie bei der Gestaltung des Fahrplans vertritt, und an wen sie sich mit Anliegen wenden können. Auch erleichtert eine gute, öffentlich zugängliche Dokumentation die Nachvollziehbarkeit der gefällten Beschlüsse. Aus meiner Sicht ist es selbstverständlich, dass man jene, die einen Antrag gestellt haben, auch darüber informiert, was man mit dem Antrag gemacht hat. Auch hier besteht im Moment noch Verbesserungsbedarf. Die Neuorganisation der RVKZ hat sich aus Sicht der Mehrheit der Kommission aber generell bewährt.

Kommissionsminderheit:

Christoph Marty (SVP): Das Gremium wird keine Weisungskompetenzen haben; die Kompetenzen für den Fahrplan werden beim regionalen Verkehrsrat bleiben. Es gibt durchaus Anliegen, die wir unterstützen können, wir versprechen uns aber nichts von einem Gremium, das zwar Anträge stellen kann, aber keine Entscheidungskompetenzen hat und keine Rechtsmittel ergreifen kann.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Hungerbühler (CVP): Laut dem Minderheitssprecher fehlt angeblich die demokratische Mitbestimmung. Dann ist es aber irritierend, dass die SVP in diesem Gremium überhaupt einen Vertreter hat.

Simone Brander (SP): Die Kompetenzen werden durch die kantonale Fahrplanverfahrensverordnung (FVV, 740.35) bestimmt. Wenn die SVP mit der heutigen Organisation nicht einverstanden ist, müsste sie auf der kantonalen Ebene Änderungen vorschlagen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: Das Reglement wollte im Wesentlichen mehr Transparenz schaffen und den Gemeinderat vor endlosen und fruchtlosen Diskussionen über Anträge zu Linien bewahren, über die er ohnehin nicht selber bestimmen kann. Dass die Kommunikation noch verbesserungsfähig ist, ist absolut unbestritten. Umgekehrt ist aber auch zu sagen, dass die Verwaltung von Null auf und ohne Rückgriff auf Erfahrungen ziemlich effizient und gut unterwegs war. Die RVKZ ist offensichtlich ein lernendes Gremium und wird sich, in Zusammenarbeit mit der Kommission, auch um Verbesserung bemühen. Die Erkenntnis der SVP, wonach das Gremium zahnlos sei, ist nicht neu. Das war ja die Antwort des Stadtrats auf die Motion. Gemäss dem Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG, 740.1) legt der Verkehrsrat das Verbundangebot in einem besonderen Fahrplanverfahren fest. Das wissen alle, und man muss nicht auf Gemeindeebene meinen, man könne die Verordnung schreiben. Der Regionalen Verkehrskonferenz obliegt die Koordination der Gemeindeganträge, und dadurch, dass aus allen Parteien ein Vertreter oder eine Vertreterin im Gremium ist, können auch die Anliegen der Gemeinde besser und breiter koordiniert werden.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Referentin; Präsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP)
Minderheit:	Christoph Marty (SVP), Referent; Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

4 / 4

Zustimmung: Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Referentin; Präsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Christoph Marty (SVP), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Verordnung für eine demokratische Mitsprache in der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2013/38, von Simone Brander (SP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 6. Februar 2013 betreffend Verordnung für eine demokratische Mitsprache in der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. März 2016

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat